



September 2006

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

# **Untersuchungsanlage**

## ARD - DeutschlandTREND September 2006

### Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und acht Tageszeitungen

#### Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte (700 West / 300 Ost) Sonntagsfrage: 1.500 Befragte (1.105 West / 395 Ost) Fragen 3, 4 und 5: 2.000 Befragte (1.509 West / 491 Ost) Fragen 11 und 12: 1.000 Befragte (755 West / 245 Ost)	
Erhebungszeitraum:	04. bis 05. September 2006 Sonntagsfrage: 04. bis 06. September 2006 Fragen 3, 4 und 5: 22. bis 23. August und 04. bis 05. September 2006 Fragen 11 und 12: 05. bis 06. September 2006	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 % ** bei einem Anteilswert von 50 %	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

# Analyse

## ARD-DeutschlandTREND September 2006

Die Hälfte der deutschen Bevölkerung (50 Prozent) befürwortet die Entsendung deutscher Marineverbände im Rahmen der UN-Friedensmission in den Libanon. 45 Prozent lehnen die Überwachung der libanesischen Küste durch deutsche Soldaten ab. Eine bessere finanzielle Ausstattung der Bundeswehr für weitere Auslandseinsätze lehnen die Bürger ab: Knapp zwei Drittel (63 Prozent) plädieren in diesem Fall aus finanziellen Gründen für Zurückhaltung.

Das Ansehen der Bundesregierung hat sich in diesem Monat wieder etwas verbessert. Derzeit sind 29 Prozent mit der Leistung der großen Koalition zufrieden, ein Plus von 7 Punkten im Vergleich zum August. SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier (65 Prozent, +6) kann genauso wie Innenminister Wolfgang Schäuble (63 Prozent, +5) seine Beliebtheit weiter ausbauen, während Bundeskanzlerin Angela Merkel (54 Prozent, -2) und vor allem Verbraucherschutzminister Horst Seehofer (43 Prozent, -6) Popularitätseinbußen hinnehmen müssen. Steinmeier verteidigt damit seinen Status als beliebtester Politiker Deutschlands. Bei der Kanzlerpräferenz kann Merkel ihren Vorsprung vor dem SPD-Vorsitzenden wieder ausbauen: 45 Prozent würden sich derzeit für die CDU-Chefin, 33 Prozent für Kurt Beck entscheiden.

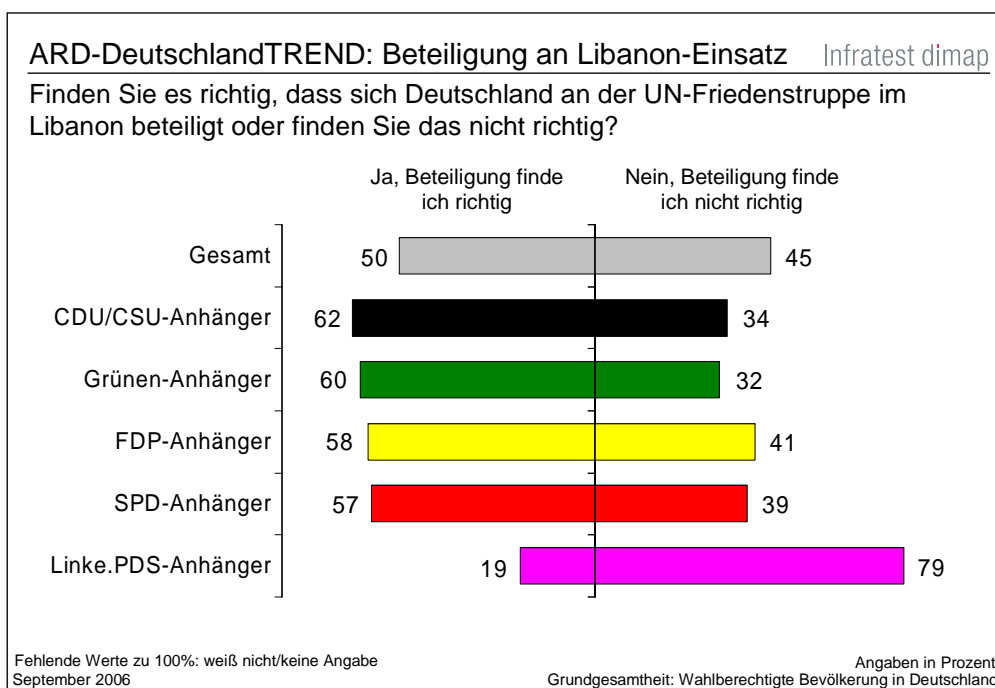
Fände bereits am nächsten Sonntag erneut eine Bundestagswahl statt, könnte die CDU/CSU 34 Prozent der Stimmen auf sich vereinen (-1 Punkt im Vergleich zum Vormonat). Die SPD käme auf einen Wähleranteil von 28 Prozent (ebenfalls -1). Dank eines Plus von 2 Punkten würde die FDP derzeit 14 Prozent erreichen, während die Grünen bei 10 Prozent und die Linkspartei.PDS bei 9 Prozent konstant blieben. Für die FDP bedeutet dies ein Rekordhoch. Dabei profitiert sie vor allem von der Zufriedenheit ihrer Wähler mit den Liberalen, aber auch von einem Zustrom ehemaliger Unions-Wähler. Für die Union ist dies hingegen der schlechteste Wert seit fünf Jahren.

Rund ein Jahr nach der Bundestagswahl zieht rund die Hälfte der damaligen Wähler eine negative Bilanz: 53 Prozent sind enttäuscht von der Partei, der sie im September 2005 ihre Stimme gaben. Einzig die FDP-Wähler sind mit ihrer Partei mehrheitlich zufrieden, bei den Wählern der beiden Volksparteien werden dagegen die Erwartungen eher enttäuscht. Grund für die weit verbreitete Enttäuschung sind vor allem die aus Sicht der Wähler nicht eingehaltenen Wahlversprechen der Parteien (29 Prozent). Die von der großen Koalition eingeleiteten bzw. angekündigten Reformvorhaben im Gesundheits- und Steuersystem sorgen bei 15 Prozent für Frustration.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des DeutschlandTREND vom September, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von acht Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 4. bis 5. September 1.000, für die Sonntagsfrage vom 4. bis 6. September 1.500 und für die beiden Fragen zum Libanon-Einsatz der Bundeswehr vom 5. bis 6. September 1.000 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

## Knappe Mehrheit befürwortet Libanon-Einsatz der Bundeswehr

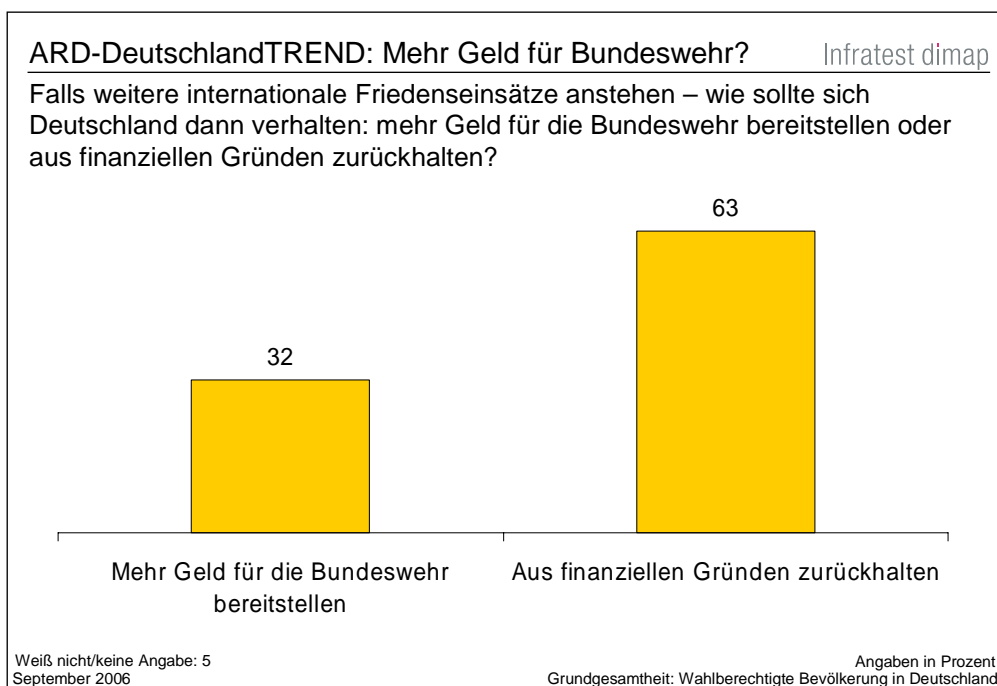
Die Bundesregierung hat sich prinzipiell für eine Beteiligung der Bundeswehr an der internationalen UN-Friedensmission im Libanon ausgesprochen. Anfang der Woche hat die libanesische Regierung offiziell die Unterstützung deutscher Marineverbände zur Überwachung ihrer Küste angefordert, dies aber an die Aufhebung der Seeblockade durch Israel geknüpft. Mittlerweile hat Israel die Aufhebung der Seeblockade angekündigt. Die Hälfte der deutschen Bevölkerung befürwortet mit knapper Mehrheit einen Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der Libanon-Mission (50 Prozent). Eine große Minderheit von 45 Prozent steht ihm kritisch gegenüber.



Innerhalb der Anhängerschaften von Union, SPD, FDP und Grünen befürwortet jeweils eine Mehrheit die deutsche Beteiligung. Die Ausnahme ist die Linkspartei.PDS, in deren Reihen vier Fünftel den Einsatz ablehnen. Darin spiegelt sich das gegensätzliche Meinungsbild in dieser Frage zwischen West- und Ost-Deutschland wider: Während in den alten Bundesländern die Entsendung deutscher Soldaten in die Nahost-Region befürwortet wird (53:41 Prozent), lehnen die Ostdeutschen dies ab (37:61 Prozent).

## Zwei Drittel gegen mehr Geld für weitere Friedenseinsätze

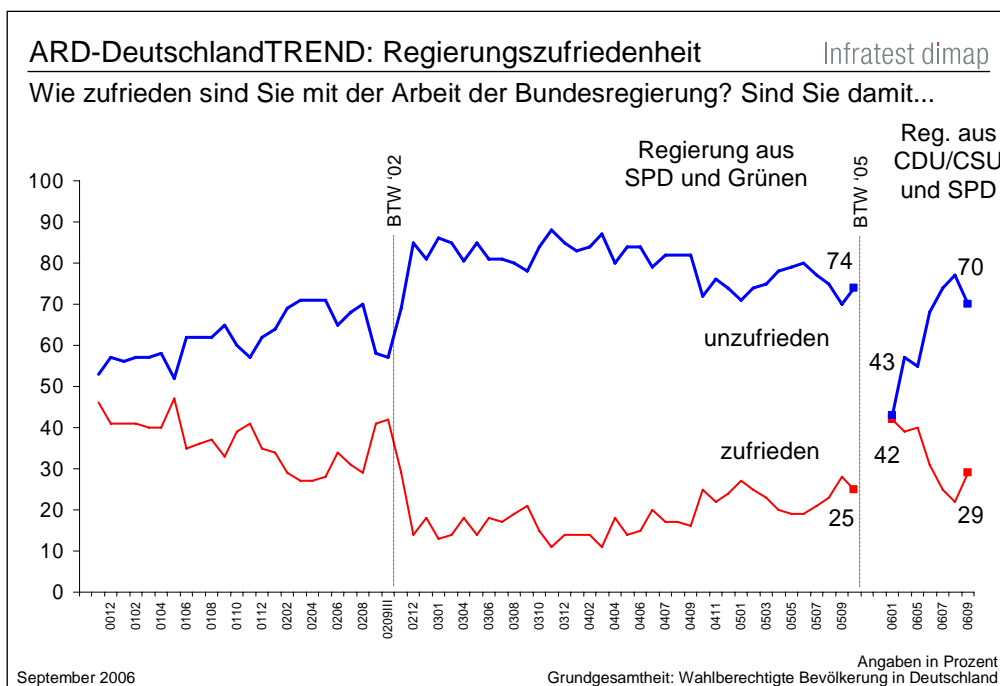
In der Diskussion um die Auslandseinsätze der Bundeswehr wird immer wieder eine bessere Finanzausstattung der Truppe gefordert, damit die zunehmenden internationalen Einsätze besser bewältigt werden können. Die Wahlbevölkerung ist jedoch gegen eine Ausweitung der Wehretats: Knapp zwei Drittel (63 Prozent) plädieren aus finanziellen Gründen für Zurückhaltung bei weiteren Missionen. Lediglich ein Drittel (32 Prozent) ist der Meinung, dass der Bundeswehr mehr Geld bereit gestellt werden sollte, falls weitere internationale Friedenseinsätze anstehen sollten.



In keiner Bevölkerungsgruppe findet die Forderung nach besserer finanzieller Ausstattung der Bundeswehr für internationale Friedenseinsätze mehrheitliche Zustimmung.

## Ansehen der Bundesregierung wieder etwas verbessert

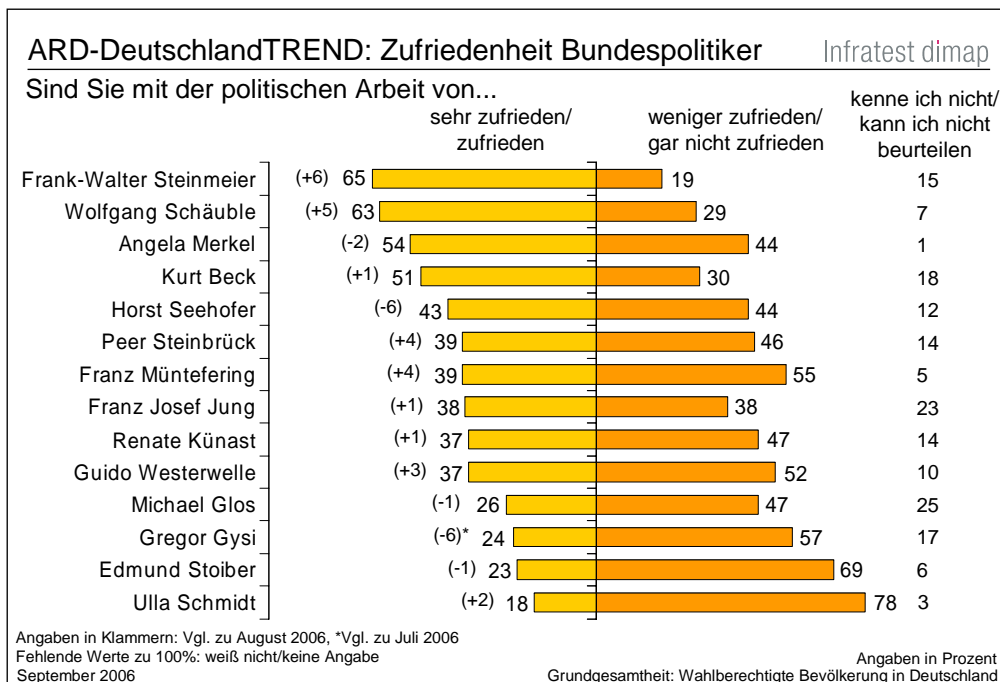
Der seit mehreren Monaten zu beobachtende Trend zu einer Verschlechterung des Ansehens der Bundesregierung hat sich im September umgekehrt. Derzeit erklären 29 Prozent der Bevölkerung, sie seien mit den Leistungen des Berliner Kabinetts sehr (1 Prozent) oder überwiegend (28 Prozent) zufrieden, während 70 Prozent den Kurs der Regierung eher (44 Prozent) oder rundweg (26 Prozent) ablehnen. Im Vormonat lag die Relation von wohlwollenden und kritischen Stimmen noch bei 22 zu 77 Prozent.



Per Saldo zieht die Bundesregierung aber nach wie vor mehr Unmut als Zustimmung auf sich. Einzige Ausnahme bilden die Anhänger der Union, die sich im September zu 55 Prozent (ein Plus von 11 Punkten) positiv äußern. Im Lager der SPD wird die Regierung ebenfalls etwas freundlicher bewertet als im Vormonat, die Kritiker behalten aber mit 69 Prozent weiterhin klar die Oberhand gegenüber den zustimmenden Äußerungen.

## Ansehensgewinne für den Außen- und den Innenminister

SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier kann genauso wie Innenminister Wolfgang Schäuble seine Beliebtheit weiter ausbauen, während Bundeskanzlerin Angela Merkel und vor allem Verbraucherschutzminister Horst Seehofer Popularitätseinbußen hinnehmen müssen. Mit der Arbeit von Steinmeier sind derzeit 65 Prozent der Bevölkerung zufrieden. Die Zustimmung für den ranghöchsten deutschen Diplomaten hat sich binnen Monatsfrist um 6 Punkte erhöht und er liegt weiterhin auf Platz 1 der Rangliste der beliebtesten Bundespolitiker. Schäuble konnte sein Ansehen ebenfalls deutlich steigern und nimmt mit 63 Prozent (+5 Punkte) unverändert Rang 2 der Liste ein. Trotz eines leichten Rückgangs um 2 Punkte verteidigt Angela Merkel mit einem Anteil von jetzt 54 Prozent wohlwollenden Urteilen den dritten Platz. Wie im Vormonat folgt ihr der SPD-Vorsitzende Kurt Beck, der im September eine Zustimmungsrate von 51 Prozent (+1) erzielen kann.

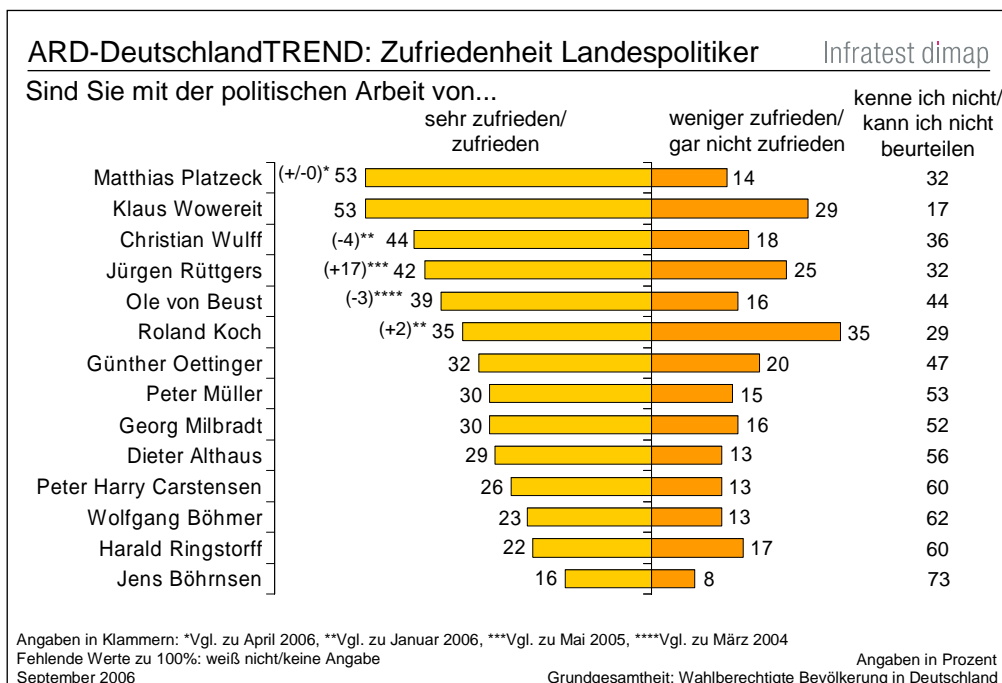


Angesichts der wieder aufflammenden Diskussion um so genanntes Gammelfleisch muss Verbraucherschutzminister Seehofer merkliche Imageeinbußen hinnehmen, behauptet aber mit 43 Prozent (-6) positiven Bewertungen Platz 5 der Rangliste. Finanzminister Peer Steinbrück und Arbeitsminister Franz Müntefering schneiden im September um jeweils 4 Punkte besser ab als im Vormonat. Beide Sozialdemokraten bekommen jetzt von 39 Prozent Lob für ihre Arbeit und liegen so vor Verteidigungsminister Franz Josef Jung (38 Prozent, +1), der Fraktionschefin der Grünen Renate Künast (37 Prozent, +1) und dem FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle, der sich um 3 Punkte verbessert hat und derzeit ebenfalls von 37 Prozent der Bevölkerung Zustimmung erfährt.

Am unteren Ende der Beliebtheitsskala befinden sich nach wie vor Wirtschaftsminister Michael Glos (26 Prozent, -1), der Linke.PDS-Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi (24 Prozent), der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (23 Prozent, -1) und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, die trotz eines leichten Plus mit 18 Prozent (+2) auf dem letzten Platz verbleibt.

## Bekanntheit der Ministerpräsidenten bundesweit sehr unterschiedlich

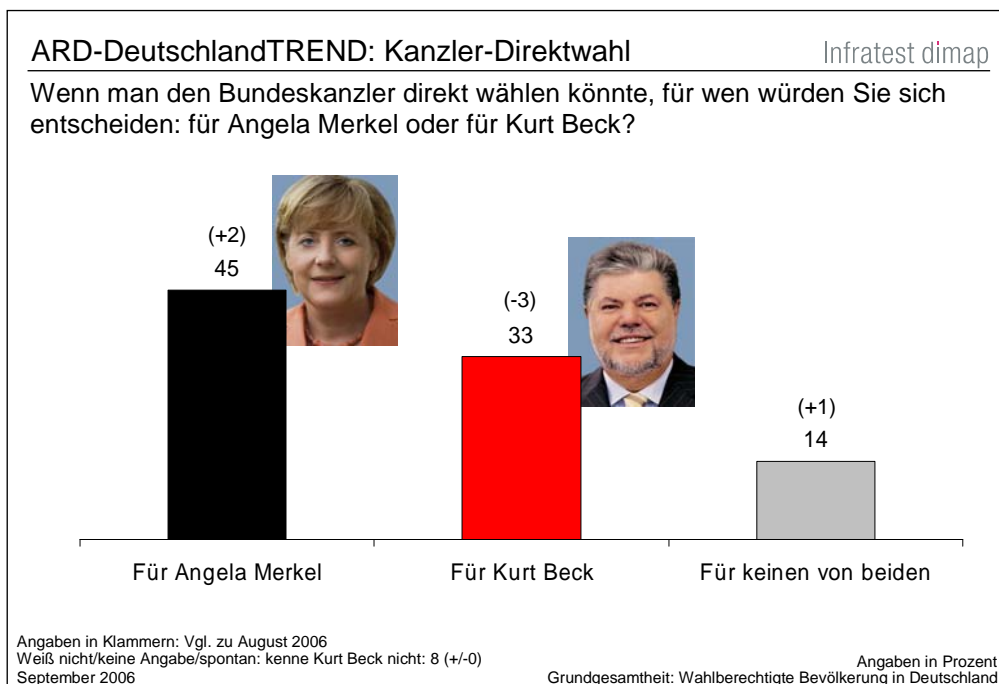
Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber ist bundesweit der mit großem Abstand bekannteste Länderregierungschef. Lediglich 6 Prozent sehen sich außer Stande, über seine politische Arbeit ein Urteil abzugeben. Sehr populär ist auch der Mainzer Regierungschef Kurt Beck, den nur 18 Prozent nicht kennen. Aber auch einige ihrer Kollegen, die derzeit keine so herausragende bundespolitische Rolle spielen, sind einer Mehrheit der Bevölkerung so weit bekannt, dass sie sich ein Urteil zutrauen. An erster Stelle steht der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit, gefolgt von dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, dem brandenburgischen Regierungschef Matthias Platzeck und dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers. Die Mehrzahl der Bundesbürger weiß zudem über den niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff, den Hamburger Bürgermeister Ole von Beust und den Stuttgarter Regierungschef Günther Oettinger so weit Bescheid, dass sie deren Arbeit bewerten. Bundesweit eher wenig bekannt sind hingegen die Ministerpräsidenten des Saarlandes, von Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt sowie der Bremer Bürgermeister Jens Böhrnsen.



Edmund Stoiber ist nicht nur der bekannteste Länderchef, sondern auch der einzige, der eine überwiegend negative Bewertung durch die Bundesbürger erfährt. Beim Blick auf den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch halten sich wohlwollende und kritische Stimmen die Waage. Bei allen anderen Ministerpräsidenten überwiegt die Zustimmung mehr oder minder deutlich gegenüber den skeptischen Einschätzungen. Die Länderchefs mit den besten Bilanzen sind Matthias Platzeck (39 Punkte Differenz zwischen positiven und negativen Urteilen), Christian Wulff (26 Punkte), Klaus Wowereit (24 Punkte) und Ole von Beust (23 Punkte).

## Kanzlerpräferenz: Angela Merkel weiter vor Kurt Beck

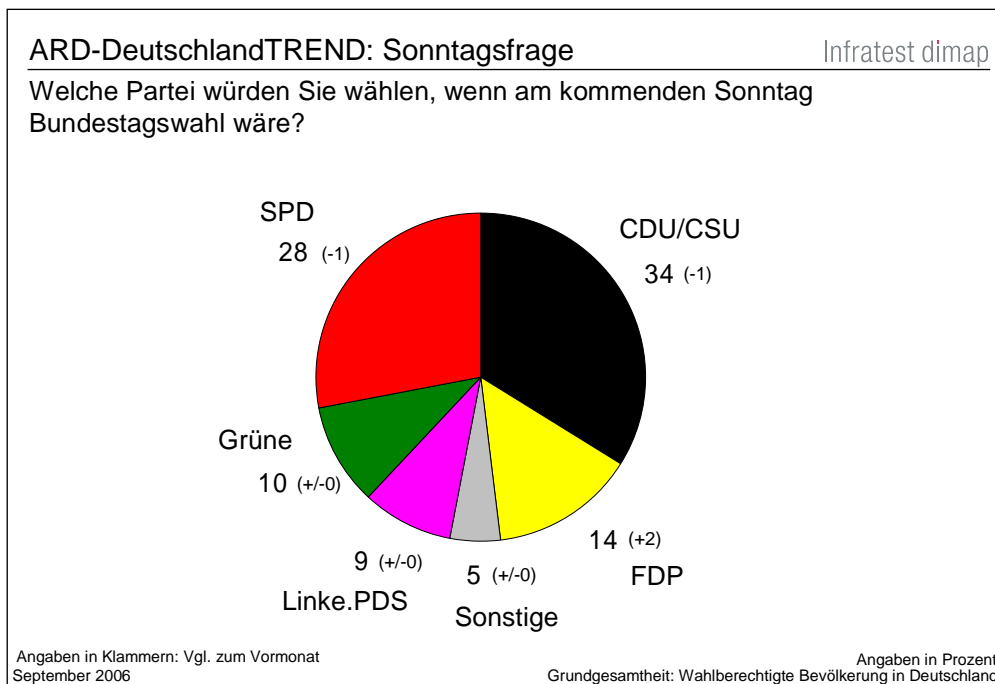
Bei einer Direktwahl des Bundeskanzlers könnte Angela Merkel derzeit 45 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, für Kurt Beck würden sich 33 Prozent der Wähler entscheiden. Im Vergleich zum August legt die Christdemokratin um 2 Punkte zu, während der Sozialdemokrat 3 Punkte abgeben muss. So konnte die Amtsinhaberin den Vorsprung gegenüber ihrem Herausforderer von zuvor 7 auf jetzt 12 Punkte ausbauen.



Beide Kandidaten auf das Kanzleramt vermochten in den letzten Wochen das eigene Lager wieder etwas stärker an sich binden. Sie gewannen jeweils 4 Punkte an Vertrauen hinzu.

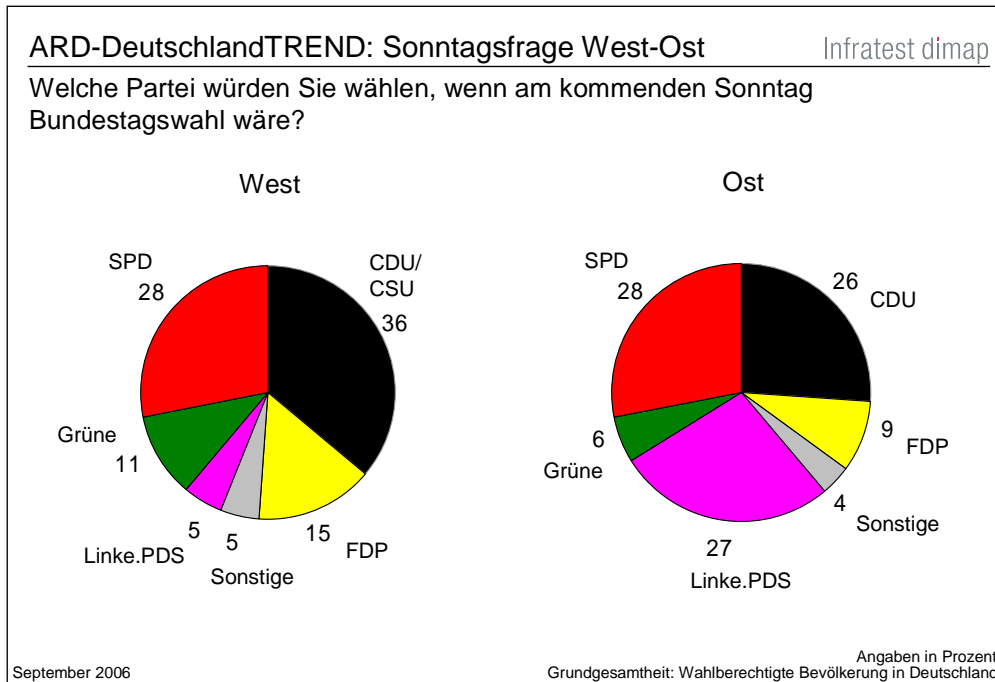
## Sonntagsfrage: FDP auf Rekordhoch

Fände bereits am nächsten Sonntag erneut eine Bundestagswahl statt, könnte die CDU/CSU 34 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, ein Minus von 1 Punkt im Vergleich zum Vormonat. Die SPD käme auf einen Wähleranteil von 28 Prozent und muss ebenfalls 1 Punkt abgeben. Dank eines Zuwachses von 2 Punkten würde die FDP derzeit 14 Prozent erreichen, während die Grünen bei 10 Prozent und die Linkspartei.PDS bei 9 Prozent konstant blieben. Alle anderen Parteien zusammen genommen kämen auf 5 Prozent.



Für die FDP bedeutet dies ein Rekordhoch, denn noch nie war ihr Wählerrückhalt im ARD-DeutschlandTREND stärker als derzeit. Dabei profitiert sie vor allem von der Zufriedenheit ihrer Wähler mit den Liberalen als auch von einem Zustrom ehemaliger Unions-Wähler. Für die Union ist dies hingegen der schlechteste Wert seit fünf Jahren.

In den alten Bundesländern ist die Union mit 36 Prozent weiterhin stärkste Partei. Die SPD kommt derzeit auf 28 Prozent. Die FDP erreicht in Westdeutschland 15 Prozent, die Grünen 11 Prozent, während die Linkspartei.PDS auf 5 Prozent kommt.

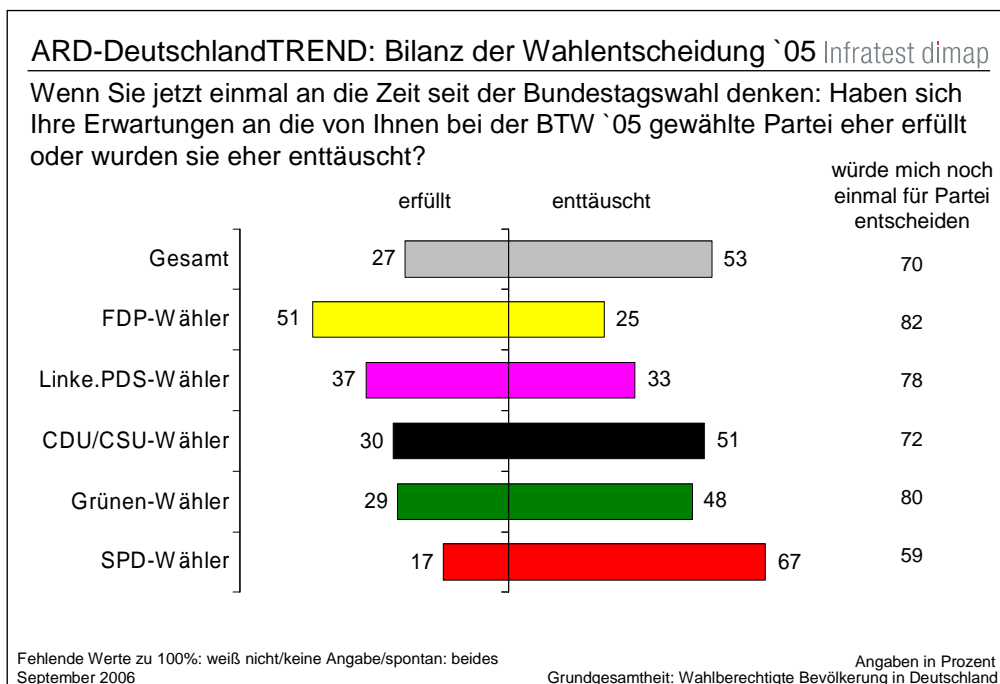


In den neuen Bundesländern liegen SPD (28 Prozent), Linkspartei (27 Prozent) und CDU (26 Prozent) fast gleichauf. Die FDP kann sich hier leicht verbessern und würde einen Wähleranteil von 9 Prozent erreichen. Die Grünen kämen derzeit in Ostdeutschland auf 6 Prozent.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

## Bilanz der Wahlentscheidung 2005: Mehrheit der Wähler enttäuscht

Ein Jahr nach der Bundestagswahl zieht rund die Hälfte der damaligen Wähler eine negative Bilanz: 53 Prozent sind enttäuscht von der Partei, der sie im September 2005 ihre Stimme gaben. Nur bei einem Viertel (27 Prozent) haben sich die in die Partei gesetzten Erwartungen auch erfüllt. Jeder achte Wähler (12 Prozent) zieht ein gemischtes Fazit, bei der sich Kritik und Zustimmung die Waage halten.



Nur bei den Wählern der FDP fällt die Bilanz mehrheitlich positiv aus (51:25 Prozent). Bei den Wählern der Linke.PDS überwiegen die positiven knapp die negativen Urteile (37:33 Prozent). Bei den Unions- (30:51 Prozent) und Grünen-Wählern (29:48 Prozent) herrscht dagegen mehrheitlich Enttäuschung über die vor einem Jahr gewählte Partei. Am stärksten ist der Unmut jedoch in Reihen der Sozialdemokraten: Zwei Drittel (67 Prozent) der damaligen SPD-Wähler hadern mit ihrer Partei, lediglich 17 Prozent von ihnen ziehen ein positives Fazit.

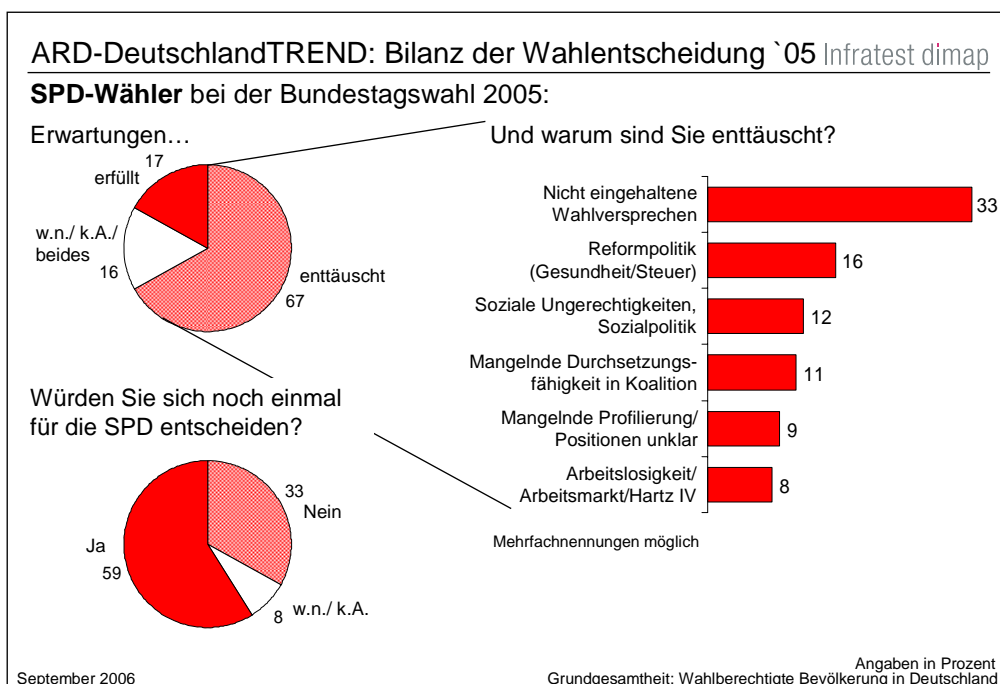
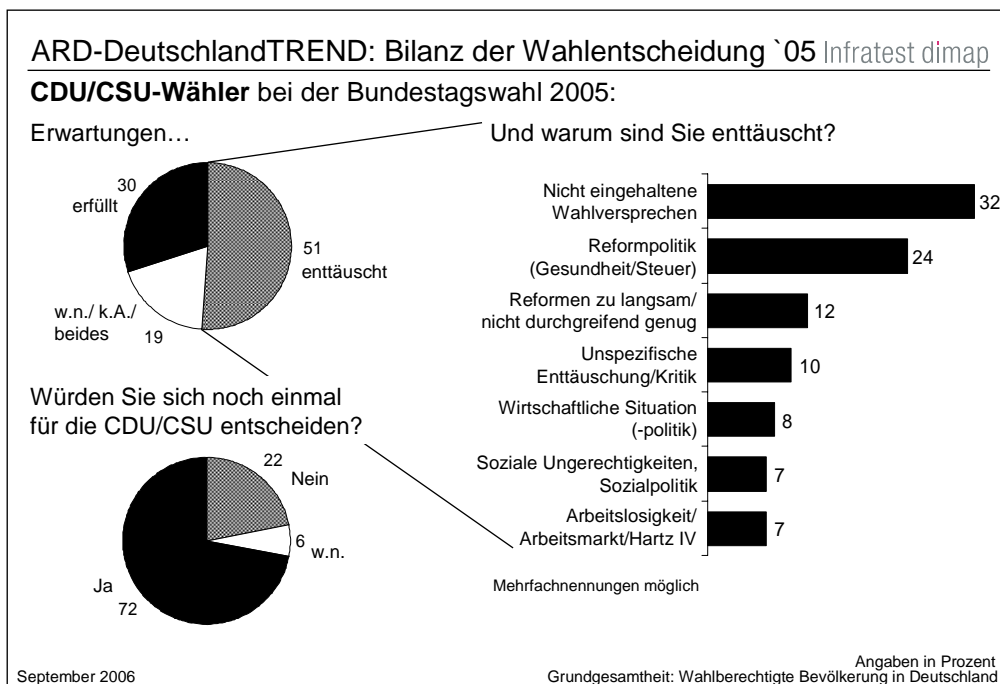
Die weit verbreitete Enttäuschung sozialdemokratischer Wähler mindert die Wahlchancen der SPD erheblich: nur 59 Prozent der früheren SPD-Wähler würden ihr Kreuz heute erneut bei den Sozialdemokraten machen. Bei den politischen Wettbewerbern würden deutlich mehr erneut für dieselbe Partei votieren. Dies gilt für die Wähler des Koalitionspartners CDU/CSU (72 Prozent), aber vor allem für die Wähler der PDS (78 Prozent), der Grünen (80 Prozent) und der FDP (82 Prozent). Bei der PDS und vor allem bei der FDP spiegelt die hohe Haltequote ein hohes Maß an Zufriedenheit wider. Bei den Grünen verhält es sich anders herum, überwiegen bei ihren Wählern doch Enttäuschungserfahrungen. Gleichwohl scheinen sie keine Alternative zu "ihrer" grünen Partei zu sehen.

## Gebrochene Wahlversprechen sorgen für Enttäuschung

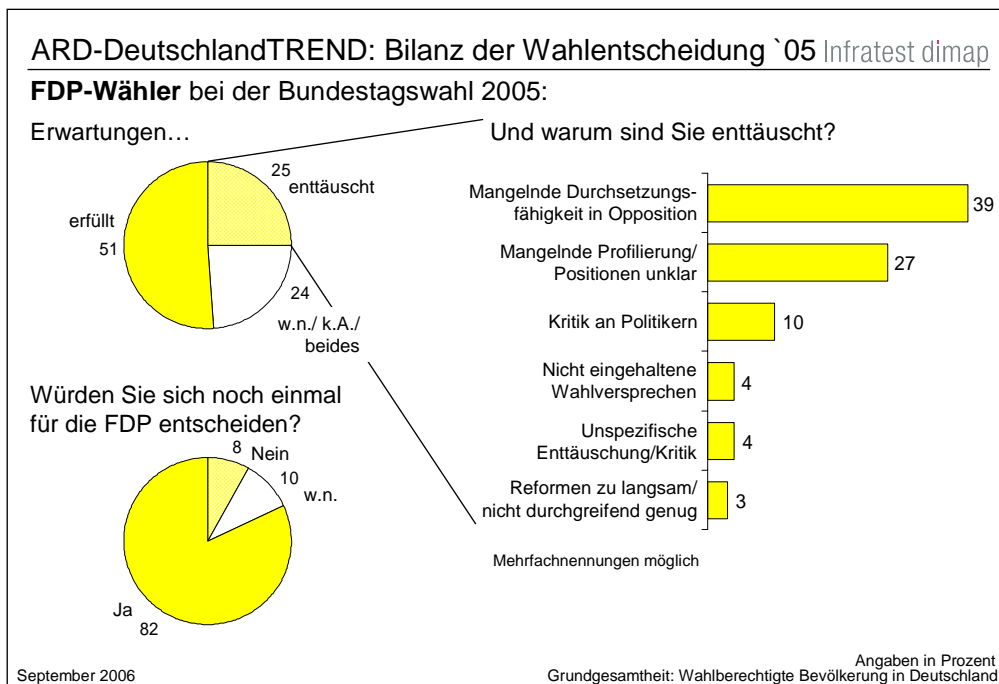
Grund für die weit verbreitete Enttäuschung sind vor allem die aus Sicht der Wähler nicht eingehaltenen Wahlversprechen der Parteien (29 Prozent). Die von der großen Koalition eingeleiteten bzw. angekündigten Reformvorhaben im Gesundheits- und Steuersystem sorgen bei 15 Prozent für Frustration. Mangelnde Profilierung und daraus resultierende unklare Positionen sorgen bei 11 Prozent für Unzufriedenheit. Fragen sozialer Gerechtigkeit stehen für 8 Prozent, allgemeine Kritik für 7 Prozent der enttäuschten Wähler im Vordergrund. Ebenfalls 7 Prozent kritisieren die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit ihrer jeweiligen Partei in der großen Koalition. Die weiterhin schlechte Arbeitsmarkt- und Wirtschaftssituation, ein zu geringes Reformtempo sowie mangelnde Durchsetzungsfähigkeit werden von jeweils 6 Prozent kritisiert.

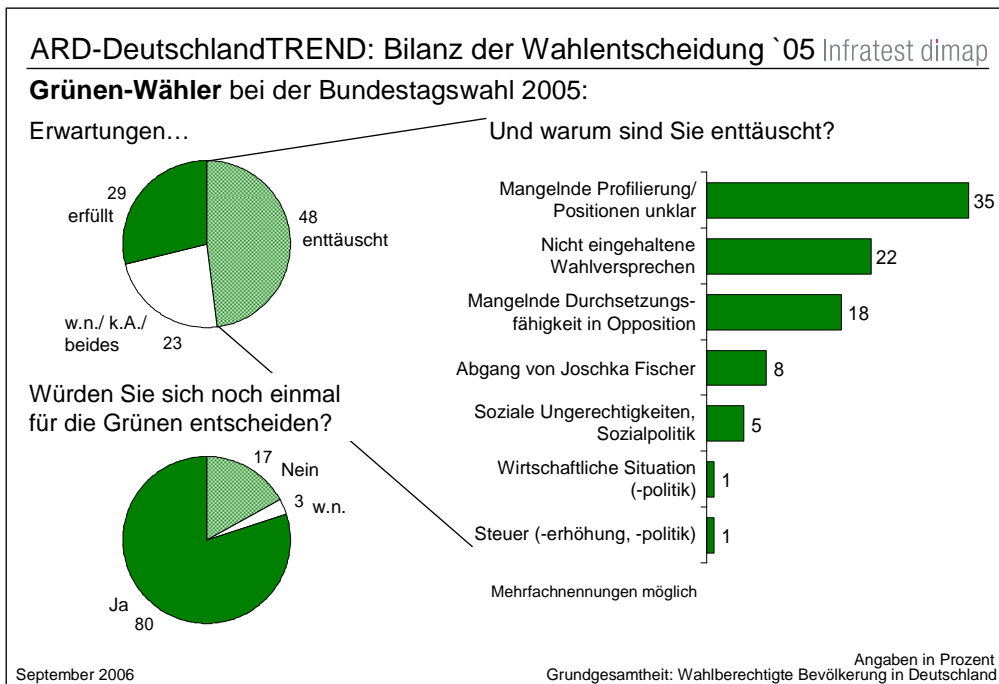
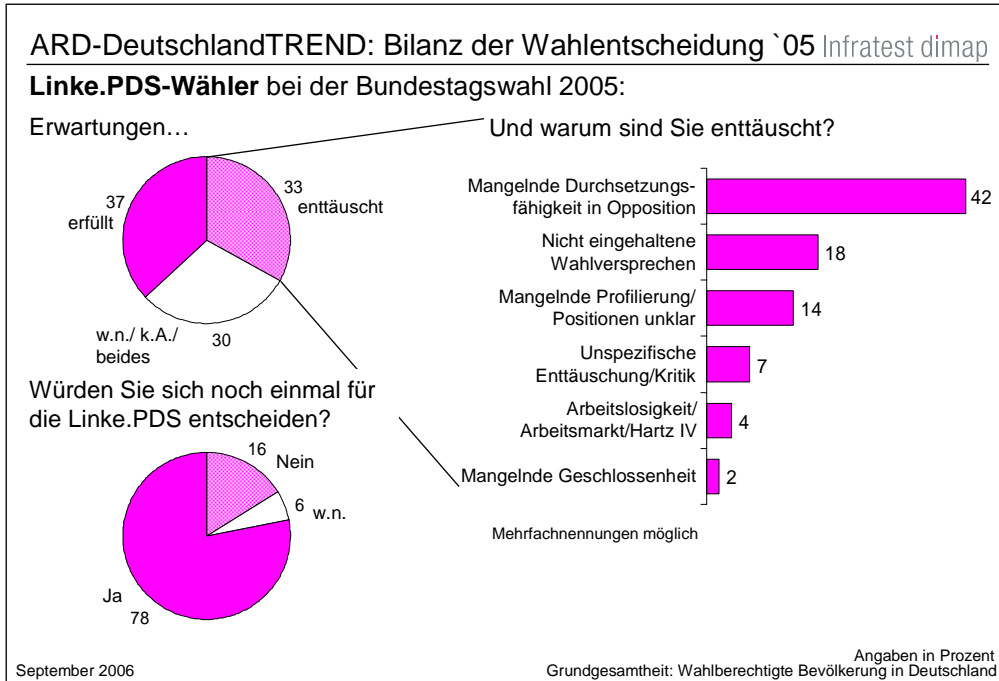


Bei den einzelnen Wählerschaften gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien. Wer 2005 seine Stimme an Union oder SPD vergab, bemängelt vor allem die gebrochenen Versprechen der jeweiligen Partei (32 bzw. 33 Prozent). Die Reformpolitik im Gesundheits- und Steuerbereich wird von Unions-Wählern stärker kritisiert als von SPD-Wählern (24 bzw. 16 Prozent). Ein zu langsames Reformtempo, in Unions-Reihen mit 12 Prozent auf Platz 3, beklagen sozialdemokratische Wähler deutlich weniger häufig. Bei ihnen stoßen Gerechtigkeitsfragen viel stärker auf Kritik (12 Prozent). SPD-Wähler machen zudem Abgrenzungs- und Profilierungsprobleme gegenüber dem Koalitionspartner aus.



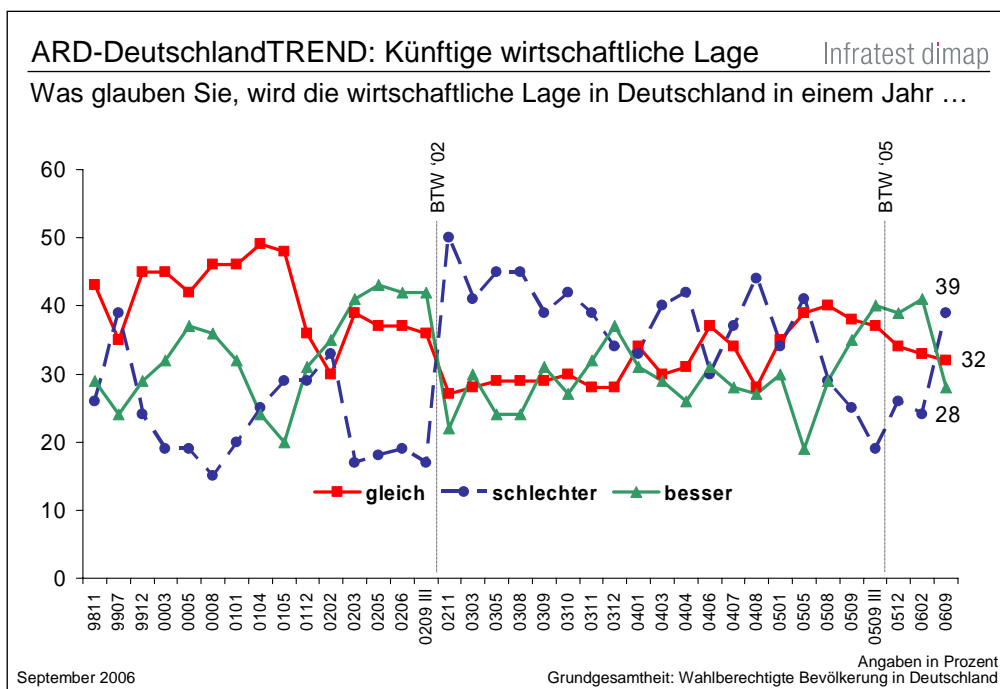
Natürlich spielt für die Oppositionsparteien die Umsetzung politischer Vorhaben eine geringere, mangelnde Profilierung und daraus resultierend unklare Positionen eine größere Rolle. Die Wähler der FDP und der Linke.PDS sind vor allem deshalb enttäuscht, weil die beiden Parteien in der Opposition über einen begrenzten Wirkungskreis verfügen und ihre Vorhaben nur sehr eingeschränkt durchsetzen können (39 bzw. 42 Prozent). Ein unklares inhaltliches Profil spielt für die FDP- (27 Prozent) stärker als für die Linken-Wähler (14 Prozent) eine Rolle. Für die Wähler der Grünen ist dies der vorrangige Kritikpunkt an ihrer Partei (35 Prozent).





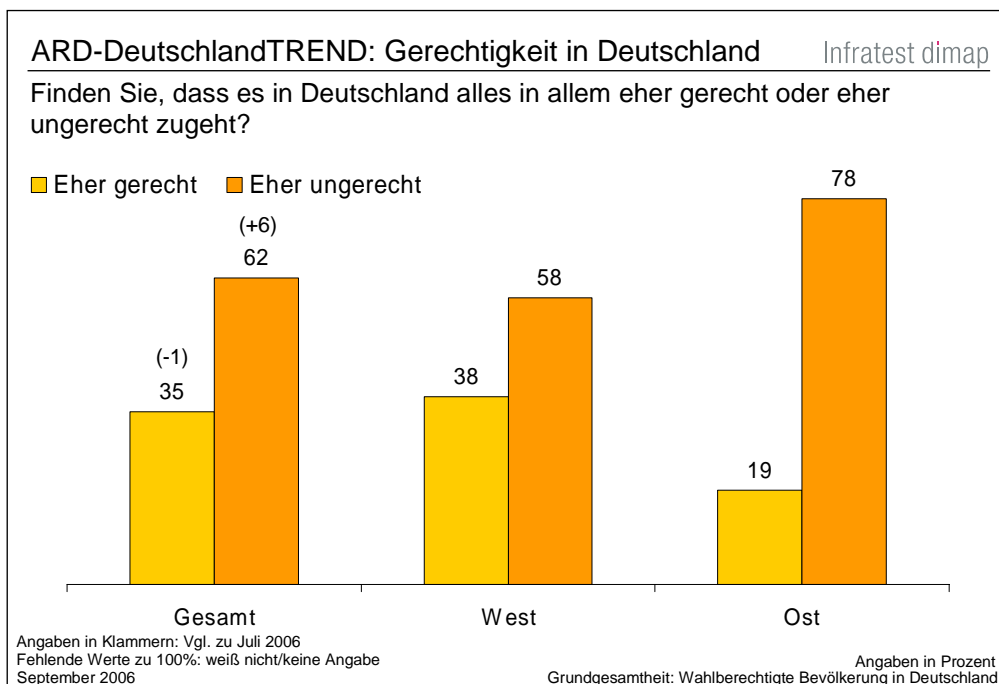
### Wirtschaftliche Erwartungen: Pessimismus nimmt zu

Trotz positiver Konjunkturmeldungen für dieses Jahr nimmt der Pessimismus in Bezug auf die Wirtschaftsentwicklung in den nächsten 12 Monate zu. Derzeit gehen 39 Prozent davon aus, dass sich die ökonomische Situation nach der Erhöhung der Mehrwertsteuer verschlechtern wird. Im Februar waren nur 24 Prozent dieser Meinung. Nur noch 28 Prozent gehen von einer Verbesserung der Wirtschaftslage aus (Anfang des Jahres 41 Prozent). Ein Drittel rechnet mit einer Stagnation (32 Prozent).



## Mehrheit sieht Gerechtigkeitsdefizit in der Gesellschaft

Die Gewährleistung der sozialen Gerechtigkeit gilt in allen politischen Parteien als ein wichtiges Ziel und als Eckpfeiler der Gesellschaftsordnung. Nach Meinung einer klaren Mehrheit der Bevölkerung bleibt auf diesem Gebiet indes noch viel zu tun: 62 Prozent beklagen, dass es in Deutschland alles in allem eher ungerecht zugeht, während 35 Prozent den angemessenen Ausgleich zwischen den gesellschaftlichen Gruppen als gegeben ansehen.



Dabei vertreten Mehrheiten in allen sozialen Schichten die Auffassung, dass es hierzulande eine Gerechtigkeitslücke gibt. In Ostdeutschland ist diese Auffassung deutlich stärker verbreitet als in den alten Bundesländern.